

Mai 2008

Votum: Transparenz bei den Parteifinanzen, Abstimmungs- und Wahlkampagnen

Frau Ratspräsidentin
Herr Staatsschreiber
Werte Anwesende

Ich danke dem Regierungsrat für die ausführliche und fundierte Antwort auf den Vorstoss. Sie zeigt, dass die Forderung nach Transparenz bei den Parteifinanzen auch für den Regierungsrat legitim und zeitgemäss ist.

Das heutige Regierungsmitglied Andreas Rickenbacher erhielt bei folgender Aussage Recht - Zitat: „Ich muss Ihnen sagen, ich befürchte ein wenig, dass irgendwann einmal die Zeit kommt, da man sagt, auch in der Politik herrsche zu wenig Transparenz“. Dies ist ein Zitat aus dem Tagblatt des Jahres 2005 als ein ähnlicher Vorstoss zur Debatte stand. Die Befürchtung von damals ist eingetroffen:

Die Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) empfehlen der Schweiz nach den vergangenen Nationalratswahlen entschieden, die Finanzierung von Parteien offen zu legen. Ohne Offenlegung ist es laut der OSZE möglich, unbemerkt grossen Einfluss auf die Politik zu nehmen. Im vergangenen Nationalratswahlkampf hätten die Parteien und Kandidierenden mehr Geld als jemals zuvor bei einer Wahl in der Schweiz ausgegeben. Zu diesen Schlüssen kam die OSZE in ihrem Bericht zu den Schweizer Wahlen im Oktober 2007. Sie ist der Meinung, dass Transparenz zentral ist für demokratische Wahlen. Dies entspricht übrigens auch den Richtlinien des Europarates. Beides sind Organisationen, die eine ausgewiesene Fachkompetenz in Fragen von Demokratiestandards besitzen.

Das Resultat des OSZE-Berichtes zeigt: Bei der Transparenz über Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der politischen Parteien hinkt die Schweiz anderen Ländern in Europa deutlich nach.

Es ist ein normaler demokratischer Prozess, dass Verbände oder Unternehmen mit der Politik im Dialog stehen, und dass sie gewisse Projekte die ihre Interessen tangieren unterstützen oder bekämpfen. Dies muss jedoch immer transparent sein und offen gelegt werden. Denn nicht selten wird durch Wahlkampf- oder Parteienfinanzierung auch die Unabhängigkeit der Politikerinnen und Politiker in Frage gestellt. Dass die Parteien mit dem einen oder anderen Verband oder Unternehmen in Kontakt stehen ist nicht problematisch. Nur ist die Öffentlichkeit daran interessiert, ob daraus auch geldwerte Leistungen erwachsen. Im Kanton Tessin publizieren die Parteien ihre Spenden ab 10'000 Franken seit 1998 im Tagblatt. Die Forderung ist also durchaus praktikabel.

Es geht bei diesem Vorstoss nicht darum, irgendwelche Spenden - ohne die der politische Alltag nicht auskommt - zu verbieten. Ziel ist es jedoch Klarheit zu schaffen woher diese Spenden stammen und wie hoch sie ausfallen. Damit können wir die Demokratie stärken. Zudem gilt: Wer nichts zu verbergen hat, muss auch keine Angst vor Transparenz haben und kann problemlos offen legen woher die Finanzen stammen.

Einzig die Kantone Tessin und Genf haben heute eine Offenlegung der Finanzen gesetzlich geregelt. Die Beispiele zeigen, dass dies überhaupt nicht zwingend mit einer öffentlichen Parteienfinanzierung zusammenhängt.

Im Kanton Genf ist die Parteienfinanzierung kombiniert. Der Kanton Tessin kennt wie der Kanton Bern keine direkte Parteienfinanzierung.

Dank dem Register der Interessenbindungen kann sich jeder Bürger und jede Bürgerin ein Bild darüber machen, ob jemand von uns im Zusammenhang mit einem bestimmten Geschäft eine gewisse Interessensbindung hat und dadurch nicht mehr ganz frei darüber entscheiden kann. Weshalb soll diese Transparenz nicht auch bei den Parteien gelten?

Der Regierungsrat stellt richtig fest: Wir wollen einen fairen Wettbewerb um politische Macht. Deshalb ist es nötig, Rahmenbedingungen und Spielregeln aufzustellen. Es geht dabei um Chancengleichheit, Transparenz und Offenheit gegenüber der Öffentlichkeit – und es geht auch darum, dass alle Parteien nach denselben Regeln ihre finanziellen Einkünfte offenlegen.

Das sind zentrale Anliegen unserer Demokratie. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger könnten sich mit der Forderung nach mehr Transparenz endlich ausreichend über die politischen Einflüsse grosser Geldgeber sowie die finanziellen Verflechtungen und potenziellen Abhängigkeiten der Parteien und der Wahl- und Abstimmungskomitees informieren.

Die Formulierung des Vorstosses ist relativ offen. Die ideale Prozedur und Handhabung der Transparenz wäre dann durch die Regierung und den Grossen Rat zu erarbeiten.

Gemäss dem Politologen Wolf Linder ist bis heute folgendes unwiderlegt: die Propaganda erscheine als ein überaus bedeutsamer Faktor der Meinungsbildung.

Wo Schlagworte und Propaganda wirkungsvoller sind als Argumente der Regierung oder der Medienredaktionen, verliere der Diskussionsprozess der direkten Demokratie von seinem Glanz. Laut dem Politologen Wolf Linder gibt es bei der Propaganda zwei gravierende Nachteile: Erstens verdeckte Propaganda in vielen Fällen die Herkunft ihrer Mittel (...). Zweitens führe Propaganda zu einem Abstimmungskampf mit ungleich langen Spiessen dort, wo die Mittel einseitig verteilt sind. (...) Ich zitiere: „Hier wird die Demokratie zu einer Frage des Geldes, und die verfassungsmässige Garantie der unabhängigen Meinungsbildung wie der unverfälschten Partizipation wird zur Farce.“ (Linder, Wolf: Schweizerische Demokratie, 2005)

Genau vor einem Jahr als es um das aktive Stimmrechtsalter 16 ging, forderte ich hier wie einst Willy Brandt, wir sollten „Mehr Demokratie wagen“. Ich wiederhole diesen Wunsch heute und bitte euch mitzuhelfen mehr Demokratie zu wagen.

Zweites Votum:

Parteienverdruss, Staatsverdrossenheit, mangelndes Vertrauen in die Parteien und in die Politikerinnen und Politiker ... wir alle kennen diese Skepsis gegenüber denjenigen die dort oben in Bern politisieren und sowieso machen was sie wollen. Mit der Annahme dieser Motion können wir in der Bevölkerung ein bisschen mehr Vertrauen schaffen, davon bin ich überzeugt.

Ein wichtiges Argument sind auch die Kosten. Die Annahme des vorliegenden Vorstosses kostet nichts. Hier würden also nicht unnötige Staatsaufgaben aufgebauscht und viel Geld ausgegeben.

Laut dem Parteienspezialisten Andreas Ladner ist die heutige „Situation aus mindestens zwei Gründen demokratie-theoretisch fragwürdig. Zum einen besteht die Gefahr, dass ungleiche Spiesse zu grossen Wettbewerbsverzerrungen führen (...). Zum anderen regt sich der Verdacht, dass einzelne Parteien oder Mandatsträger von grossen Geldgebern abhängig sind und letztlich nicht nach bestem Wissen und Gewissen beziehungsweise dem Allgemeinwohl verpflichtet ihre Funktionen wahrnehmen.“ (Ladner, Andreas: NZZ, 13.4.2007)

Auch der FDP-Ständerat Dick Marty forderte nach den vergangenen Nationalratswahlen und zwar noch vor dem Bericht der OSZE mehr Transparenz. Ich zitiere FDP-Ständerat Dick Marty in der Zeitung „Bund“: „Ich finde, in einer Demokratie sollte Transparenz herrschen; die Namen der Spender sollten bekannt sein.“

Auch der Bundesrat stützt diese Haltung und hat sich wiederholt für eine Offenlegung der Parteifinanzen ausgesprochen. Er sah darin weder eine Verletzung des Stimm- und Wahlgeheimnisses noch schwerwiegende Eingriffe in die Meinungsäusserungsfreiheit oder die persönliche Freiheit von Spenderinnen und Spendern sowie Parteien. Das öffentliche Interesse an einer Offenlegung überwiege. (Bericht Parteien BBI 1989 163 f. und 189 Botschaft Bundesverfassung BBI 1997 452f.)

Reden wir nicht nur davon, sondern packen wir es heute im Kanton Bern an. Der vorliegende Vorstoss bietet Ihnen die Chance das Anliegen umzusetzen und damit dem Wunsch nach mehr Transparenz zu entsprechen.

Ich danke für die Unterstützung der Motion und verlange eine punktweise Abstimmung und Namensaufruf.